



Sichere Grenzen: Die neue Europäische Grenz- und Küstenwache wird über 10.000 Grenzschutzbeamte verfügen.



Demokratie und Menschenrechte: Jährlicher Bericht über den Stand der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedsländern.

Sicherheit, Asyl, Migration

Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Cyber-Sicherheit, Stärkung der Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastruktur sind Eckpunkte der neuen EU-Strategie für die Sicherheitsunion.

Die neu gewählte Europäische Kommission (EK) nahm am 1. Dezember 2019 unter Präsidentin Ursula von der Leyen ihre Arbeit auf. Eine der ersten Aktionen jeder neu gewählten EK ist die Erstellung und Präsentation eines Arbeitsprogramms. In diesem werden die wichtigsten Initiativen für das kommende Jahr dargelegt.

„Die neue Kommission wird entschieden handeln, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und angemessene Lösungen für Klimawandel, Digitalisierung und Migration zu finden. Wir sind fest entschlossen, den europäischen Grünen Deal zu konkreten Ergebnissen zu führen und die Chancen, die der digitale Wandel den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen bieten kann, zu verbessern. Dieses Arbeitsprogramm ist ein wichtiger Beitrag zu einer Union, die mehr erreichen will“, sagte von der Leyen anlässlich der Präsentation des Arbeitsprogramms am 29. Jänner 2020. Es ist schwerpunktmäßig auf die sechs übergreifenden Ziele aus den politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen ausgerichtet, unter die die einzelnen Initiativen des Programms fallen.

Die Ziele sind: „Ein europäischer Grüner Deal“, „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“, „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“, „Ein stärkeres Europa in der Welt“,

„Förderung unserer europäischen Lebensweise“ und „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“.

Sicherheitsunion. Das Bundesministerium für Inneres (BMI) wird von den Vorhaben zur „Förderung der europäischen Lebensweise“ betroffen sein. Auf Grund neuer grenz- und bereichsübergreifender Sicherheitsbedrohungen wird die EK eine neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion vorlegen. In dieser soll aufgezeigt werden, wie die Union die Mitgliedstaaten unter anderem bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, der Verhütung und Aufdeckung hybrider Bedrohungen sowie bei Cyber-Sicherheit und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastruktur unterstützen kann.

Zudem möchte die EK das Mandat von Europol ausbauen, um die operative polizeiliche Zusammenarbeit zu stärken. Hierfür wird für das zweite Halbjahr 2020 ein Legislativvorschlag erwartet.

Asyl und Migration. Ein wichtiges Vorhaben wird die Ausarbeitung eines neuen Migrations- und Asylpakts sein. Es ist ein Gesamtkonzept geplant, dem die internen wie externen Aspekte der Migration zugrunde gelegt werden. Zentraler Teil des Konzepts wird die Reform der gemeinsamen europäischen Asylpolitik sein. Ziel ist es, ein huma-

neres, wirksameres und robusteres Migrations- und Asylsystem zu schaffen.

Digitales. Für das BMI von Bedeutung ist auch der Bereich „Digitales“. Hier hat die EK bereits im Februar 2020 eine neue europäische Datenstrategie vorgelegt, die den Wert nicht personenbezogener Daten darstellt, sowie ein Weißbuch über künstliche Intelligenz, um deren Entwicklung und Nutzung unter Einhaltung der europäischen Werte und Grundrechte zu unterstützen.

Östliche Partnerschaft. Auch die „Stärkung Europas in der Welt“ durch neue bzw. die Intensivierung bestehender Partnerschaften spielt für das Innenressort eine Rolle. Die EK will eine neue östliche Partnerschaft für die Zeit nach 2020 vorschlagen und in diesem Rahmen neue langfristige politische Ziele setzen und die Partnerschaft mit den westlichen Balkanstaaten vertiefen. In diesen sowie in den Bereich „neuer Schwung für die Demokratie“ fällt zudem die im März 2020 erfolgte Vorlage eines *Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie*, der in allen Tätigkeitsfeldern eine Rolle spielen wird. Im Rahmen des neuen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus wird die EK einen ersten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ausarbeiten, in dem auf alle Mitgliedstaaten eingegangen wird. Eines der vier Hauptthemen dieses Berichts wird Anti-Korruption sein. T. H.